

Positionspapier des *Forum Bildungspolitik in Bayern* Schülerpartizipation und Demokratisierung bayerischer Schulen

München, 11. Februar 2020
Positionspapier Schülerpartizipation und
Demokratisierung.docx

Das Forum Bildungspolitik vertritt folgende Positionen zur Demokratisierung und Schülerpartizipation an bayerischen Schulen

Unser freiheitlich demokratischer Staat wird durch eine Gesellschaft getragen, die sich auf Basis demokratischer Strukturen organisiert. Er ist darauf angewiesen, dass Bürger*innen aus eigener Überzeugung freiwillig im Sinne der Demokratie handeln.

Dazu werden an Schulen Lernangebote gemacht, Werte und Haltungen eingebracht und zur Übernahme von Verantwortung ermutigt. Derzeit fehlt es aber noch an adäquaten Beteiligungsmöglichkeiten für Schüler*innen, die über die bloße Selbstverwaltung ihrer Schüler*innenrolle hinausgehen.

Bereits 2009 hat deshalb die Kultusministerkonferenz anlässlich der Feierlichkeiten des 90. Jahrestags der Konstituierung der Weimarer Republik als erste praktizierte demokratische Verfassung auf deutschem Boden eine Empfehlung zu mehr Demokratiebildung und Partizipation in Schule und Unterricht ausgesprochen.

Diese Sichtweise hat die Kultusministerkonferenz mit ihrer Empfehlung vom 11.10.2018 unter dem Titel „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ nochmals bekräftigt. Die

● Akademie für Ganztagschulpädagogik (AFG) ● Aktion gute Schule e. V. ● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e. V. (ABK) ● Bayerischer Elternverband e. V. (BEV) ● Bayerischer Jugendring (BJR) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) ● Bayerischer Volkshochschulverband e. V. (bvV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Dachverband Bayerischer Träger für Kindertageseinrichtungen e. V. (DBTK) ● Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e. V. ● Deutscher Familienverband – Landesverband Bayern e. V. (DFV) ● Deutscher Gewerkschaftsbund, (DGB), Bezirk Bayern ● Deutscher Kinderschutzbund – Landesverband Bayern e. V. (DKSB) ● Die Regionalbewegung – Landesgruppe Bayern ● Eine Schule für Alle – in Bayern e. V. ● Fachverband für Kunstpädagogik, BDK e. V. ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e. V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e. V. (GVEE) ● Gesellschaft macht Schule gGmbH (GmS) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband – Arbeitskreis Grundschule e. V. – Landesverband Bayern (GSV – AKG) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayerischer Familienbildungsstätten e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e. V. ● Landes-ASTen-Konferenz Bayern (LAK) ● LandeschülerInnenvereinigung Bayern e. V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e. V. (LBSP) ● Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie e. V. Bayern (LVL) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e. V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e. V. ● Netzwerk Ganztagsbildung ● Netzwerk Inklusion Bayern e. V. ● PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e. V. ● StadtschülerInnenvertretung München ● Sudbury München e. V. ● Verband Berufstätiger Mütter e. V. (VBM) ● Verband Sonderpädagogik e. V. (vds)

Forderung war, dass eine demokratische Schul- und Unterrichtsentwicklung Querschnittsaufgabe jeder Schule werden soll. Partizipation ist ein wesentlicher Bestandteil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages, woraus sich für Schüler*innen das Recht ergibt, die Gestaltung und Weiterentwicklung ihrer Schule verantwortlich mitzugestalten.

Dafür wurde vorgeschlagen, dass unter anderem auch demokratische Gremien und Arbeitsformen etabliert und den Schüler*innen Entscheidungsspielräume für eine umfangreichere Beteiligung eröffnet werden sollten.

Bayern bildet im Ranking politischer Bildung laut einer quantitativen Studie des Lehrstuhls für Didaktik der Sozialwissenschaften der Universität Bielefeld, das Schlusslicht unter allen Bundesländern nach Thüringen. Lehrer an Gymnasien in Hessen und Schleswig-Holstein haben acht Mal mehr Zeit, ihren Schülern politische Bildung nahezubringen, als Lehrer an Gymnasien in Bayern.

Siehe hierzu:

- <https://fachdidaktik.politik.uni-mainz.de/2018/02/06/ranking-politische-bildung-2017-von-r-hedtke-m-goekbudak/>
- <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/politische-bildung-so-kurz-kommt-politik-im-schulunterricht-a-1190428.html>
- <http://www.sueddeutsche.de/bayern/studie-der-uni-bielefeld-schlusslicht-bayern-1.3848049>

Im September 2017 erteilte das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung ISB ergänzend zum LehrplanPlus allen bayerischen Schulen mit dem Gesamtkonzept für die Politische Bildung den Auftrag, das Bildungs- und Erziehungsziel der politischen Bildung übergeordnet und fächerübergreifend umzusetzen. Dieser verbindliche Rahmen zeigt Möglichkeiten der Umsetzung auf, lässt jedoch Lücken in der strukturellen Umsetzung dieses Ziels. Lehrer*innen werden mit der Umsetzung alleine gelassen. Ihnen wird kein zeitlicher Planungsraum bereitgestellt, der nötig wäre, um strukturelle Voraussetzungen zu schaffen. Es besteht die Gefahr, dass Demokratiepädagogik erneut mit klassischem Unterricht zur politischen Bildung verwechselt wird.

Im Sinne der Demokratiepädagogik betrachten wir die Schule daher als Erfahrungs- und Lernraum, um Schüler*innen direkten Anwendungsbezug in der Auseinandersetzung mit Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform zu ermöglichen.

Dafür reicht die eingeschränkte demokratische Teilhabe von Schüler*innen in der Schule im Sinne der Schülermitverantwortung (SMV) oder den von der KMK

vorgeschlagenen Klassenräten nicht aus. Demokratie sollte sich nicht auf kleine Selbstverwaltungsbereiche in einer ansonsten weitestgehend hierarchisch strukturierten Institution beschränken. Dadurch lernen Schüler*innen, dass ihre Partizipation vielfache Schranken hat und ihre Wirkmacht an etablierten Strukturen endet. So kann unseres Erachtens Demokratiebildung ihre intendierte Wirkung nicht entfalten.

Wir setzen uns daher für eine umfangreichere Demokratieerziehung und angewandte demokratische Bildung ein. Demokratieerziehung verstehen wir dabei stets partizipativ. Schüler*innen erlernen Demokratie, indem sie sie erleben, indem sie Verantwortung übernehmen dürfen und an grundsätzlichen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt werden.

Daher vertreten wir folgende Positionen:

1. Aufbau Demokratischer Schulen

1.1. In Bayern sollen in staatlicher wie in privater Trägerschaft Demokratische Schulen entstehen. Das pädagogische Konzept Demokratischer Schulen beinhaltet im Kern zwei Grundideen:

- Selbstbestimmtes Lernen in altersgemischten Gruppen: Die Lernenden können selbst entscheiden, was, wie und mit wem sie wann lernen. Lernen findet interessengeleitet und aus Neugier statt.
- Demokratische Entscheidungsstrukturen: Alle Schulmitglieder haben, unabhängig von deren Alter und Status, die gleichen Rechte. Alle relevanten Entscheidungen werden von der Gruppe gemeinschaftlich getroffen.

1.2. Wir unterstützen die Gründungsinitiativen der EUDEC Bayern in dem Aufbau demokratischer Schulen in Bayern.

Aktuell sind hierbei folgende Initiativen zu nennen: Demokratische Schule Ingolstadt, Demokratische Schule München, Demokratische Schule Regensburg, Freie und Demokratische Schule Franken, Luana Schule Augsburg, Sudbury Schule Ammersee

1.3. Wir setzen uns für die Bildung einer staatlich geführten demokratischen MODUS-Schule ein im Sinne der Artikel 81-83 BayEUG. Diese soll nach

den Grundsätzen einer Demokratischen Schule aufgebaut sein und wissenschaftlich eng begleitet werden.

1.4. Wir fordern den Erhalt der Privatschulfreiheit.

2. Demokratisierung der bestehenden Schulen

2.1. Wir setzen uns für eine Stärkung der SMV ein und fordern ein echtes Mitspracherecht der Schüler*innen. Damit Schule auf die demokratische Lebenswirklichkeit in unserer Gesellschaft vorbereitet, müssen inner- und außerschulische Räume für Mitbestimmung bereitgestellt und selbstbestimmte Lernformen unterstützt werden. Daher sollten die Rechte der Schüler*innen mitverantwortung SMV ausgeweitet werden. Direkte Ansprechpartner*innen oder Vertrauenslehrer*innen brauchen Verfügungsstunden, um die Schüler*innen zu unterstützen. Die SMV soll sowohl bei schulorganisatorischen Fragen als auch curricularen Entscheidungen ein Mitspracherecht erhalten.

2.2. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung der Empfehlungen der KMK in Bezug auf Demokratiepädagogik in der Schule ein.

2.3. Dazu zählen insbesondere die Einführung weiterer Mitwirkungsorgane wie Klassenräte und eine stärkere curriculare Verankerung demokratischer Themen. Dafür ist unseres Erachtens die Einführung mindestens einer fächerübergreifend nutzbaren Doppelstunde unerlässlich. Darüber hinaus ist die Förderung des fächerübergreifenden Projektunterrichts weiter voranzutreiben.

2.4. Wir setzen uns für eine wertschätzende Schul- und Unterrichtskultur durch bewertungsfreie Räume ein. Eine wertschätzende Schul- und Unterrichtskultur ist inkompatibel mit einem auf hierarchischer Bewertung basierenden Schulalltag. Deshalb sollten, ähnlich wie im Portfolioansatz vorgesehen, bewertungsfreie Räume und Zeiten eingerichtet werden, in denen Schüler*innen als gleichberechtigte Diskurspartner*innen agieren können.

2.5. Wir setzen uns für eine gelebte Feedbackkultur ein. Schüler*innen sollen die Möglichkeit erhalten, sich über den Unterricht äußern zu dürfen.

- 2.6.** Wir fordern die flächendeckende Einführung von Erziehungsmediatoren. Um eine nachhaltige Stärkung demokratischer Bildung zu gewährleisten und den Kommunikationsprozess zwischen Eltern, Schule und Kind zu fördern, setzen wir uns für die Schaffung von Erziehungsmediatoren ein.
- 2.7.** Wir setzen uns für eine Stärkung der Schulautonomie ein. Schulautonomie konzentriert sich zumeist nur auf Profilbildung von Schulen. Damit weitergehende demokratische Beteiligungsformen von Schüler*innen umgesetzt werden können, müssen mehr organisatorische und inhaltliche Gestaltungsfreiheiten für Rektor*innen und Lehrkräfte eingeräumt werden.

3. Demokratiepädagogik in der Lehrer*innenbildung

- 3.1.** Angewandte Demokratiepädagogik in der Lehrer*innenbildung.
- 3.2.** Um eine aktive demokratiefördernde Einstellung von Lehr- und Fachkräften zu wecken, müssen bereits in der Lehrer*innenbildung nicht nur Wissen, sondern auch Methoden der partizipativen Meinungsfindung eingeübt werden.
- 3.3.** Lehrer*innenfortbildung im Sinne angewandter Demokratiepädagogik.
- 3.4.** Im Rahmen einer demokratischen MODUS-Schule und anhand von Beispielen bereits funktionierender demokratischer Schulen sollten Lehrkräfte sich Hospitationen und Seminare zu Demokratischer Bildung als Fortbildungen anrechnen lassen können.